

Die Erklärungen der Regierung

Gegeben der Abordnung der Vertrauensmänner.

Die Abordnung, die, wie an anderer Stelle berichtet wird, in der Zentralversammlung der Vertrauensmänner im Eisenbahnerheim gewählt wurde, ist von der Regierung im Ministerialsalon des Abgeordnetenhaus empfungen worden. Dieser Abordnung wurden die Erklärungen der Regierung über die vier Punkte mitgeteilt, die als Forderung des allgemeinen Ausstandes verkündet worden waren. Ueber den Verlauf wird folgendes amtlich berichtet:

Am Samstag abend empfing der Ministerpräsident Ritter v. Seidler in Gegenwart des Ministers Döfer, des Ministers des Innern Grafen Torggenburg und des Ministers für Landesverteidigung v. Czapp eine Reihe von Vertretern der Arbeiterschaft, die unter der Führung der Reichsratsabgeordneten Adler, Seitz, Renner, Domes und Hanusch erschienen waren.

Abgeordneter Seitz hielt folgende Ansprache:

Meine Herren! Ein furchtbarer Krieg zerfleischt die Völker Europas. Dreieinhalb Jahre hindurch haben die Massen aller Völker das Elend ertragen. Erst vor wenigen Wochen fiel das

erlösende Wort. Rußland und die Mittelmächte schlossen Waffenstillstand und in Brest-Litowsk begannen die Friedensverhandlungen. Die Völker hofften auf Erlösung. Aber vor kurzem kam eine schwere Enttäuschung. Die Verhandlungen wurden schleppend, man gewann den Eindruck, sie müßten scheitern. Die Massen der Arbeiter, durch die Qualen der Ueberarbeit geschwächt, infolge der mangelhaften Verhältnisse des Ernährungsdienstes entkräftet, gerieten in Verzweiflung und ein verhältnismäßig geringfügiges Ereignis löste eine

unabsehbare elementare Bewegung

aus. Die Arbeiter verließen Werkstätten und Fabriken. Sie fordern Erlösung von der Qual eines unerträglichen Zustandes. Sie begehren gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel auf alle und Einfluß auf die für den Ernährungsdienst maßgebendsten Organe der Verwaltung, auf die Gemeinden; vor allem aber

heischen sie den Frieden

oder doch die Bürgschaft, daß die Verhandlungen in absehbarer Zeit ein gedeihliches Ende finden. Sie haben durch ihre Vertreter die Forderungen überreicht und sie kommen heute, die Antwort der Regierung entgegenzunehmen. Möge sie derart sein, daß sie den Massen genügt. Möge sie die Bürgschaft sein für den vorläufigen Teilsfrieden mit Rußland, der der Vorbote sein wird des allgemeinen Friedens, der Erlösung der

Menschheit von dem furchtbarsten Kriege, den die Weltgeschichte kennt!

Der Ministerpräsident

erklärte, es sei ihm gerade in der gegenwärtigen ersten Zeit, die ein inniges und einträchtiges Zusammenwirken aller am Wohle des Staates interessierten Schichten ganz besonders erfordere, sehr erwünscht, mit den erschienenen Vertretern der Arbeiterschaft in unmittelbarem Kontakt treten zu können. Die Regierung wolle sich über alle von der Deputation erwähnten Fragen mit voller Aufrichtigkeit und Klarheit äußern und glaube, daß der Standpunkt, auf den sich die Regierung hinsichtlich der einzelnen Punkte stelle, ein derartiger sei, daß er von der Arbeiterschaft mit vertrauensvoller Zustimmung entgegengenommen werden könne. Was zunächst die Friedensfrage anlangt, so sei der Ministerpräsident in der Lage, folgende Erklärung abzugeben:

Erklärung des Ministers des Innern über den Frieden.

Es ist der sehnlichste Wunsch Seiner Majestät, ehe baldigst den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beendigen. Im Sinne dieser Intentionen Seiner Majestät des Kaisers und in Beobachtung der von ihr wiederholt bekanntgegebenen Richtlinien ihrer Politik hat die k. u. k. Regierung alles, was in ihrer Macht steht, getan und wird sie auch in Zukunft alles, was ihr möglich ist, tun, um den allgemeinen Frieden möglichst bald herbeizuführen. Ist derzeit nur ein Sonderfrieden mit Rußland möglich, so fällt die Verantwortung dafür auf die Entente-mächte, die alle unsere wiederholten Friedensangebote ausgeschlagen haben. Dessenungeachtet hält die k. u. k. Regierung an dem Ziele eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. Es liegt ihr nach wie vor fern, die Erreichung dieses Zieles durch irgend welche Eroberungsabsichten zu erschweren, und sie hält nach wie vor an der Ueberzeugung fest, daß internationale Vereinbarungen über die Abrüstung und über Schiedsgerichte die geeignetste Grundlage zu einem allgemeinen Frieden zu bieten vermögen.

Was die Friedensverhandlungen mit Rußland anlangt, so hat die k. u. k. Regierung bereits wiederholt erklärt, daß sie keinerlei territoriale Erwerbungen auf Rußlands Kosten anstrebt; an solchen Plänen können und werden daher die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Was insbesondere Polen betrifft, so betrachtet die k. u. k. Regierung Polen als einen selbständigen Staat, der seine Beziehungen zu uns selbständig zu regeln hat, wobei unsererseits selbstverständlich auch den gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten der Monarchie der verfassungsmäßige Einfluß auf diese Regelung gewahrt bleiben wird. Es liegt uns demnach ganz fern, Polen seine Staatsform oder irgend welche Beziehungen zu uns diktieren zu wollen. Die k. u. k. Regierung hat sich bereits damit einverstanden erklärt, daß es der Bevölkerung Polens überlassen werden soll, durch ein Volkstotum auf breiter Grundlage ihre staatliche Ordnung zu regeln, und sie hat die Meinung ausgedrückt, daß dies am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Versammlung geschehen kann. Die k. u. k. Regierung hat sich auch bereit erklärt, wirksame Garantien zu vereinbaren, damit die Bevölkerung Polens ihre Entscheidung in voller Freiheit treffen könne und diese Freiheit durch die Okkupationsbehörden in keiner Weise beeinträchtigt werde. Die Forderung der russischen Regierung nach Räumung der besetzten Gebiete mußte die k. u. k. Regierung allerdings ablehnen; dies geschah aber nicht etwa aus dem Grunde, weil wir die militärische Okkupation dazu benötigen wollen, das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes nach irgend einer Richtung zu schmälern, sondern ausschließlich deshalb, weil wir bei Fort-